Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.30, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 89 — **Donnerstag, den 16. April 1931.** — **86. Jahrgang**

Tagesschau.

* Das Verbot des Stahlhelmflugblattes Nr. 1 zum preußischen Volksbegehren, das wegen eines darin enthaltenen Aufrufs der Volksbeauftragten vom 9. November 1918 erlassen worden war, mußte vom preußischen Innenminister wieder aufgehoben werden, weil der Aufruf als echt nachgewiesen wurde.

* Pariser Meldungen berichten, daß die Flottenverhandlungen endgültig gescheitert seien. Der französische Marineminister, der sich gegenwärtig in Tunis befindet, wurde zurückberufen. Man schließt daraus, daß Frankreich einen neuen, weitergehenden Vorschlag unterbreiten werde.

* In dem Manifest, das König Alfons bei seiner Abreise aus Madrid hinterließ, heißt es, daß der König auf keines seiner Rechte verzichte und daß er den wahren Ausdruck der öffentlichen Meinung des Volkes abwarten werde.

* In Barcelona kam es zu blutigen Zusammenstößen vor dem Gefängnis. Mehrere tausend Personen, die die Freilassung sämtlicher Gefangenen forderten, versuchten das Gefängnis zu stürmen und in Brand zu stecken. Der Gefängnisdirektor sah sich schließlich gezwungen, sämtliche Strafgefangene freizulassen. In Valencia brach eine Meuterei im Strafgefängnis aus. Auch dort mußten die Strafgefangenen freigelassen werden.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Wo bleiben die Zollermächtigungen?

Der Tag der Rückkehr des Reichskanzlers kommt heran, und mit ihm gewinnen die Sorgen der aktuellen Politik wieder greifbare Gestalt. Im Vordergrund steht diesmal die Agrarpolitik, und auf diesem Gebiet bereitet sich bereits allerlei vor. Die Führer der Landvolk-Partei haben dieser Tage in der Reichskanzlei vorgesprochen und sind vom Staatssekretär Pünder, der sie in Vertretung des Reichskanzlers empfing, dahin unterrichtet worden, daß das Reichskabinett sich unmittelbar nach der Rückkehr des Kanzlers, jedenfalls noch in diesem Monat, mit den Agrarfragen beschäftigen werde. Am Mittwoch trat bereits die Grüne Front zusammen, um ihrerseits die agrarpolitische Lage zu prüfen, und auch diese Spitzenorganisation, die die gesamte Landwirtschaft in sich vereinigt, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß neue agrarpolitische Maßnahmen keinesfalls länger vermieden werden dürfen. Das Reichskabinett hat also wirklich allen Grund, sich mit den Vorschlägen des Reichsernährungsministers Dr. Schiele möglichst bald zu beschäftigen, und man möchte hoffen, daß die Entscheidung positiv ausfällt.

Daß die Zollermächtigung, die der Reichstag der Regierung nach so vielen Schwierigkeiten erteilt hat, trotz aller längst erwiesener und dokumentierter Dringlichkeit bisher nicht angewendet worden ist, hat in den Kreisen der Landwirtschaft bereits eine ernste Beunruhigung hervorgerufen. Richtig und zweckmäßig wäre es gewesen, die erste Zollverordnung sofort nach Verabschiedung des Zollermächtigungsgesetzes zu erlassen, so wie man keine Stunde verloren hat mit der Verkündung der Notverordnung zur Sicherung der Ruhe und Ordnung, die jetzt in einer so anfechtbaren Weise von der preußischen Regierung in den Dienst der eigenen Parteipolitik gestellt und dazu mißbraucht wird, das Volksbegehren des Stahlhelms zu unterdrücken. Dabei hat es sich gerade auf dem Gebiete der Agrarpolitik immer wieder sachlich wie politisch als gefährlich erwiesen, die notwendigen Maßnahmen hinauszuschieben. Denn die Stimmung der Landbevölkerung wird, wenn sie einmal verbittert ist, nicht so leicht zurückgewonnen, und was die sachliche Seite betrifft, so ist es aussichtsreicher, gefährdete Preise zu halten, als sie wieder aufzubauen, wenn sie einmal zusammengebrochen sind.

Im Augenblick handelt es sich vor allem um die Erhöhung der Zölle für Schweine, Fleisch, Speck und Schmalz, Hafer, Hülsenfrüchte, Lupinen, Wicken, Korbweiden und Reifenstäbe. Ob die Frage des Butterzolls, die einen Hauptpunkt der Forderung nach Schutz für die bäuerliche Veredelungswirtschaft darstellt, jetzt schon entschieden werden wird, steht dahin. Sicher ist, daß die Butterzollerhöhung sachlich ebenso dringend und vielleicht dringender ist als die übrigen Zollerhöhungen, zumal die außerordentlich wichtige Erhöhung der Eierzölle und der Holzzölle wegen der Bindungen im italienischen und südslawischen, bzw. im österreichischen und schwedischen Handelsvertrag zunächst ohnedies zurückgestellt werden muß.

Die vom Reichsernährungsminister geforderten Zölle stehen, muß darauf hingewiesen werden, nicht im Widerspruch zu der Indexklausel des Zollermächtigungsgesetzes, denn sie greifen vor allem auf solchen Gebieten zu, wo Preiszusammenbrüche zu befürchten sind. Wenn man sich an die Begründung erinnert, die die Reichsregierung dem Zollermächtigungsgesetz seinerzeit mitgegeben hat, dann wird man um die Feststellung nicht herumkommen, daß das Zögern in der Anwendung des Gesetzes mit dieser Begründung und daher mit dem Gesetz selbst nicht in Einklang gebracht werden kann. Man darf aber vielleicht auch daran erinnern, daß sich der Reichskanzler Dr. Brüning bei seinen letzten Verhandlungen mit der Grünen Front sehr positiv auf den Standpunkt gestellt hat, daß der bäuerlichen Veredelungswirtschaft der notwendige Zollschutz gegeben werden müsse. Nach menschlichem Ermessen besteht also keine Möglichkeit für das Reichskabinett, jetzt die Zollerhöhungen zu vermeiden, die allein jenen Schutz gewähren können. So fragt man sich vergebens, was die bisherige Verzögerung in der Anwendung des Zollermächtigungsgesetzes für einen Sinn haben soll. Die Zeit seit Ostern ist verloren gegangen. Aber man wird darum um so sicherer erwarten dürfen, daß das Kabinett die erste Gelegenheit wahrnimmt, um die Zusage einzulösen, die die Landwirtschaft schon allein aus der Tatsache des Zollermächtigungsgesetzes und seiner Begründung entnehmen mußte.

Das Volksbegehren in Preußen.

Die erste Woche.

D. I. **Berlin**, 15. April. (Eigner Dienst.) Es ist selbstverständlich unmöglich, aus 70 000 preußischen Gemeinden einen zuverlässigen Ueberblick über den Bestand an Eintragungen zum Volksbegehren des Stahlhelm nach Abschluß der ersten Eintragungswoche zu erlangen. Aber selbst bei vorsichtigster Schätzung kann man behaupten, daß die Zahl von 3 Millionen Stimmen, die der Eintragungsziffer des letzten Volksbegehrens für das preußische Staatsgebiet entspricht, bereits längst überschritten ist. Es ist zu billigen, daß die Stahlhelmleitung in der Bewertung der bisherigen Erfolge vorsichtig ist, zumal es noch alle Kräfte anzustrengen gilt, um das Gesamtergebnis bis zum nächsten Dienstag möglichst günstig zu gestalten. An Einzelergebnissen kann mitgeteilt werden, daß die Zahl der Eintragungen in der Provinz Pommern bis Dienstag abend 320 000 erreicht hat, wobei übrigens auch die Städte mit Eintragungsziffern bis zu 43% der Wahlberechtigten beteiligt sind. Im Westen ist in einzelnen Gemeinden bereits eine Eintragungsziffer bis zur zehnfachen Höhe des vorigen Volksbegehrens erreicht.

Ein erster Erfolg der Stahlhelmbeschwerde beim Reichskanzler wegen der Behinderung des Volksbegehrens durch die preußischen Verwaltungsbehörden ist insofern zu verzeichnen, als das preußische Innenministerium das Verbot des Stahlhelmflugblattes Nr. 1 durch den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski aufgehoben hat. Bekanntlich hatte der Amtliche preußische Pressedienst den Aufruf der Volksbeauftragten, der in diesem Flugblatt veröffentlicht worden war, als eine „plumpe Fälschung" bezeichnet. Auf Grund des vorgelegten Originales und einwandfreier Aussagen mußte indessen von den preußischen Behörden zugegeben werden, daß kurz nach dem Umsturz ein derartiger Aufruf der Volksbeauftragten öffentlich in Deutschland verbreitet worden ist. Nach diesem Reinfall werden die preußischen Verwaltungsbehörden in ihrem Eifer bei der Bekämpfung des Volksbegehrens hoffentlich etwas vorsichtiger werden. Angst und Nervosität haben noch stets zu Dummheiten geführt.

Neue Schwierigkeiten bei den Flottenverhandlungen.

Berlin, 16. April. (Eigene Meldung.) Jetzt scheinen die Flottenverhandlungen doch nicht so glatt verlaufen zu sein, wie man das zunächst allgemein annahm. Aber es ist ja jetzt üblich geworden, nach jeder Ministerbesprechung bei internationalen Verhandlungen amtliche Erklärungen herauszugeben, in denen alles im rosigsten Lichte dargestellt wird. Es heißt in den Erklärungen immer, daß weitestgehende Uebereinstimmung erzielt worden sei, daß sich alles in bester Ordnung befinde, daß alle Probleme in freundschaftlichster Weise gelöst worden seien. Dann folgen die üblichen Friedens- und Freundschaftsversicherungen. Die öffentliche Meinung in den betreffenden Ländern ist darüber entzückt, daß die Minister wieder einmal in so freundschaftlicher Weise alles in Ordnung gebracht haben. Verständigung, Kompromiß, Ausgleich, das sind die großen Parolen, die heute so außerordentlich modern sind und die die Presse aller Länder so gerne hören.

Aber es dauert meist nicht allzu lange, dann stellt sich heraus, daß eine Einigung noch gar nicht erzielt war, daß die Minister sich nur in höflichster Diplomatensprache allgemein bei einem guten Frühstück über die politische Lage unterhalten haben, und daß man dabei sich gegenseitig immer versicherte, man wolle nur Frieden und Freundschaft. So war es auch bei den englisch-italienisch-französischen Flottenverhandlungen. Alles sollte geregelt sein, eine vollständige Uebereinstimmung sollte herrschen, aber jetzt stellen alle Beteiligten fest, daß man sich eigentlich über gar nichts geeinigt habe, daß vielmehr alles in der Schwebe sei.

Tatsächlich kamen die Nachrichten über die englisch-französisch-italienische Flottenverständigung auch zu überraschend, nachdem man sich noch kurz vorher in allen Fragen der Flottenabrüstung aufs schärfste bekämpft hatte. Jetzt empfinden England und Italien allmählich, daß die Franzosen bei den Flottenverhandlungen viel zu günstig weggekommen sind. Briand hatte wieder einmal die Engländer und die Italiener gründlich hereingelegt, denn die französische U-Bootwaffe ist nach den vorläufigen Vereinbarungen in der Flottenfrage durchaus in der Lage, sowohl England wie Italien sehr große Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Italiener haben in der ganzen Flottenfrage eine durchaus unklare Haltung eingenommen. Mussolini weiß scheinbar auch nicht, was er will. Wenn jetzt auch Italien merkt, daß Frankreich bei den Flottenverhandlungen zu gut weggekommen ist, dann bleibt aber noch immer abzuwarten, ob die Italiener stark genug sind, um die ganze Flottenfrage noch einmal von neuem aufzurollen. Allerdings braucht Italien dazu irgendeine Hilfe durch eine andere Macht, die aber nicht von englischer Seite kommen kann, da die Engländer den Franzosen gegenüber keine selbständige Politik mehr betreiben können. Der deutsche Gegenspieler gegen die Franzosen versagt vollkommen, so daß die Italiener schon seit langem aufgegeben haben, von Deutschland irgend etwas zu erwarten, wenn es gilt, gegen Frankreich Front zu machen.

Endgültig gescheitert?

Paris, 15. April. Ueber die Ministerbesprechung über die Londoner Flottenverhandlungen wird von den Blättern nur der Wortlaut der amtlichen Verlautbarung wiedergegeben, ohne daß Kommentare daran geknüpft werden. Nur das Echo de Paris erklärt, daß die Flottenverhandlungen als endgültig gescheitert angesehen werden könnten, wenn die französische Regierung auf ihrem bisherigen Standpunkt beharre, der von London und Rom abgelehnt werde. Es sei jedoch anzunehmen, daß nach der Rückkehr des Kriegsministers, der sich zur Zeit in Tunis befindet, und der sofort zurückberufen wurde, ein neuer weniger weitgehender Vorschlag ausgearbeitet werde, der von dem französischen Sachverständigen Massigli nach London gebracht werden soll.

*

Dem Pariser Korrespondenten der Times hat man am Quai d'Orsay zu verstehen gegeben, daß nach französischer Ansicht Henderson wohl kein besonderes Interesse mehr an einer baldigen Beendigung der Verhandlungen habe, sondern die Beilegung der Gegensätze Italien und Frankreich selbst überlassen wolle. Man glaubt in Paris, daß die englische Regierung im Hinblick auf Japan und die Vereinigten Staaten zu einer Vertagung der Angelegenheit bereit sein werde, weil Staaten wie Frankreich und Italien sich jetzt kaum noch zu einer Aenderung der schon veröffentlichten Zahlen bereit finden könnten. Die Franzosen machen also anscheinend Versuche, die Tagung der Sachverständigen zu hintertreiben.

Die spanische Regierung kündigt drei große Prozesse an.

Madrid, 15. April. Die heutige Sitzung des Ministerrats war um 9,30 Uhr abends zu Ende. Nach Schluß der Sitzung übermittelte der Minister des Innern der Presse eine Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß die Regierung unverzüglich das königliche Palais mit Beschlag belegen werde. Die Wohnräume werden versiegelt und unter den Schutz der Gendarmerie gestellt werden. Weiter heißt es in der Erklärung, die Regierung habe darüber beraten, wie sie ihrer Verpflichtung gegenüber der Oeffentlichkeit, die Verantwortung für die nationale Katastrophe und die unter dem früheren Regime ergriffenen Maßnahmen aufzuklären, nachkommen könne. Zu diesem Zwecke würden drei Prozesse eingeleitet werden, nämlich erstens zur Feststellung der Verantwortung für